



Arbeitskreis

Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen

Deutsche Evangelische Allianz

AKREF-Nachrichten

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer – [redaktion at akref.de](mailto:redaktion@akref.de)

Nachrichten vom 06.03.2015 bis 13.03.2015

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Deutschland: "Zeugen für Christus": Deutsches Martyrologium in sechster Auflage enthält Biographien von 60 neuen Blutzeugen aus Missionsgebieten	3
Deutschland: Großdemo in Mainz gegen Christenverfolgung	4
Deutschland: Islamistische Parolen an Grundschule verbreitet	5
Einladung zur Tagung "Christ und Politik"	7
Indien: Wird das Land zur reinen Hindu-Nation?	8
Irak: Fassade des St. Georgs-Klosters in Mossul von Dschihadisten verwüstet	9
Irak: IGFM: Der Westen hat aufgegeben	10
Irak: Katholiken begeben sich in der Passionszeit auf den Kreuzweg	11
Nigeria: Amerikanische Pastorin frei	12
Russland: Strafen wegen Verkündigung des Evangeliums	13
Syrien: Syrisches Parlament gedenkt des armenischen Völkermords	14
Links	15
Menschenrechtsorganisationen:	15
Wichtige englischsprachige Internetseiten	15

Deutschland: “Zeugen für Christus“: Deutsches Martyrologium in sechster Auflage enthält Biographien von 60 neuen Blutzegen aus Missionsgebieten

Bonn (Agenzia Fides) – Zur Erinnerung an die Märtyrer des 20. Jahrhunderts ist vor kurzem die sechste Auflage des Deutschen Martyrologiums unter dem Titel “Zeugen für Christus” erschienen. Damit kommt die katholische Kirche in Deutschland dem Aufruf von Papst Johannes Paul II. anlässlich der Einberufung des Heiligen Jahres 2000 nach, die Märtyrer des 20. Jahrhunderts in Erinnerung zu halten.

Dieser Aufgabe stellt sich seit vielen Jahren im Auftrag der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Prof. Dr. Helmut Moll nach. Mit mehr als 100 neuen Lebensbildern von Blutzegen und Gewaltopfern aus dem vergangenen Jahrhundert ergänzt er die zugrunde liegende fünfte Ausgabe aus dem Jahr 2010, darunter auch die Biographien von 60 deutschen Missionaren, die in Papua Neuguinea, Philippinen und Mittelamerika ermordet wurden.

Zuletzt hob auch Papst Franziskus bei seiner Reise in die Republik Korea die Bedeutung der Märtyrer für die Gläubigen in der heutigen Zeit hervor.

Das Gesamtprojekt zur Märtyrergeschichte des 20. Jahrhunderts wurde 1994 auf den Weg gebracht. Seither haben 160 Fachleute in Zusammenarbeit mit Bistümern und Ordensgemeinschaften Lebensbilder von rund 900 katholischen Märtyrerinnen und Märtyrern gesammelt. Die Darstellung erfolgt in vier Kategorien: Blutzegen des Nationalsozialismus, Blutzegen des Kommunismus, das “martyrium puritatis” von Mädchen, Frauen, Ordensschwestern und ihren Beschützern, die Blutzegen aus den Missionsgebieten. (MS) ([Fides](#) 06/03/2015)

Deutschland: Großdemo in Mainz gegen Christenverfolgung

Etwa 1.500 Menschen haben am Samstag in Mainz gegen Christenverfolgung demonstriert. Zu der Kundgebung hatten verschiedene Vereinigungen orientalischer Christen aufgerufen.

Die Demonstration sei friedlich und ohne Zwischenfälle verlaufen, erklärte der Pressesprecher des Zentralverbands der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland, John Gültekin, nach Angaben von RP online. Die Veranstaltung richtete sich besonders gegen die Verfolgung von christlichen Assyrem, Aramäern und Chaldäern im Mittleren Osten. Seit Jahren litten sie unter schlimmster Verfolgung und ständen kurz vor der Auslöschung, sagte Gültekin. Einen großen Anteil an der schlimmen Situation der orientalischen Christen habe auch der Islamische Staat (IS). Die Teilnehmer der Veranstaltung marschierten zunächst durch die Mainzer Innenstadt, anschließend fand eine Abschlusskundgebung auf dem Gutenbergplatz statt.

Anlass für die Demonstration sei der IS-Angriff auf das Chabur-Gebiet im Nordosten Syriens gewesen, zitiert der Evangelische Pressedienst (epd) Gültekin. Im Februar hatten IS-Kämpfer mehrere christliche Dörfer im Nordosten Syriens überfallen und die Bewohner verschleppt. In Mainz lebten viele assyrische Christen, deshalb sei die rheinland-pfälzische Hauptstadt als Ort für die Kundgebung ausgewählt worden.

Organisiert hatten die Demonstration neben dem Zentralverband der Assyrer der Zentralrat der Jesiden in Deutschland, der Zentralrat der Orientalischen Christen in Deutschland, die Assyrische Kirche des Ostens in Deutschland und die Assyrisch Demokratische Partei. (pro)

Deutschland: Islamistische Parolen an Grundschule verbreitet

Unter anderem fielen Sätze wie „Christen muss man töten“ oder „Juden stehen auf der Stufe von Schweinen“. Die Kriminalpolizei ermittelt. Das Gedankengut stammt wahrscheinlich aus Koranschulen.

Die islamistischen Äußerungen seien erstmals Mitte Januar aufgefallen, als im Unterricht das Attentat auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ diskutiert wurde, berichtet die [Augsburger Allgemeine](#). Neun- und zehnjährige Jungen und Mädchen hätten erklärt, „Du Christ“ sei für sie ein schlimmes Schimpfwort und „Du Jude“ sei noch schlimmer. Ein Kind habe erklärt, dass „Juden auf der Stufe von Schweinen stehen“. Im Zusammenhang mit dem Anschlag in Paris habe ein Junge zudem geäußert, Christen müsse man töten und die Opfer in der französischen Hauptstadt hätten ihren Tod verdient. Notizen einer Lehrerin, die damals die Diskussion leitete, und ein schulinternes Protokoll belegten die Aussagen, berichtet die Zeitung.

Kollegium und Schulleitung seien schockiert von den Äußerungen gewesen. In Gesprächen mit den Kindern habe sich herausgestellt, dass einige viel Zeit in bestimmten Moscheen und Gebetsräumen verbringen und regelrecht „indoktriniert“ worden seien, keiner anderen Religion Respekt oder Wertschätzung entgegen zu bringen. Nach Angaben der Tageszeitung besuchen die „Grundschule Stadtmitte“ in Neu-Ulm viele Schüler mit Migrationshintergrund. Unter den 220 Kindern seien etwa 22 Nationen vertreten. Neben katholischer und evangelischer Religion und dem Ethikunterricht bietet die Schule deshalb auch das Fach „Islamische Unterweisung“ an.

„Mit Christenkindern darf man nicht spielen“

Der Islam-Lehrer Selahattin Sögüt erklärte, viele Eltern, denen der Islam-Unterricht an der Schule zu liberal sei, schickten ihre Kinder lieber in den Ethik-Unterricht und nachmittags, am Wochenende oder in den Ferien in Koranschulen. Sögüt vermutet, dass daher das islamistische Gedankengut stamme, das einige Kinder verbreiteten. „Die schrecklichen Sätze mancher muslimischer Kinder machen mich wütend“, sagte er. „Das steht nicht im Koran.“

Als Reaktion auf die Vorfälle habe die Schule das Thema „Religion und Toleranz“ in allen vierten Klassen behandelt. Einige Kinder hätten sich jedoch geweigert, die Symbole der Weltreligionen zu malen. „Man kommt in die Hölle, wenn man das Kreuz der Christen anschaut oder malt“, sei eine Begründung gewesen. Einige weigerten sich ganz, über andere Religionen zu sprechen. Ein Schüler habe sogar gefürchtet, durch das Gespräch über das Christentum von Allah verstoßen zu werden und in der Hölle zu landen. Mit „Christenkindern“ dürfe man außerdem niemals spielen, hieß es weiter. Zudem seien Sätze wie „Männer sind grundsätzlich die Chefs“, und „Jungs sind wichtiger als Mädchen“ gefallen.

Schulleiterin Beate Altmann sagte gegenüber der Augsburger Allgemeinen, dass nicht die Mehrzahl der Schüler islamistisches Gedankengut verbreite. „Es sind aber auch zu viele, um von Einzelfällen zu sprechen.“ Von rund zehn Kindern seien Aussagen belegt, die Erwachsene vor den Richter bringen könnten. Zudem wisse man nicht, wie viele den Parolen stillschweigend zustimmten. Gespräche der Lehrer mit den Schülern hätten anschließend bestätigt, dass besonders die Kinder die Parolen verbreiteten, die regelmäßig in einer bestimmten Moschee im Stadtteil Schwaighofen unterrichtet werden. Die Moschee gehört zum Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) an, einem der größten muslimischen Dachverbände in Deutschland. Auf Anfrage der Augsburger Allgemeinen habe der Vereinsvorsitzende Kenan Adiguzel erklärt, er wisse nicht, wie die Kinder auf die Parolen kämen.

Polizei: Verdacht der Volksverhetzung

Mittlerweile reagierten die Schüler anders auf Nachfragen ihrer Lehrer, schreibt die Zeitung und vermutet, dass die Geistlichen in den betreffenden Moscheen „Wind von der Sache“ bekommen

hätten. Jetzt fielen im Unterricht Sätze wie „Alle Religionen sind wichtig“. Nach Angaben der Lehrer wirkten diese Aussagen jedoch auswendig gelernt.

Die Kriminalpolizei hat sich mittlerweile eingeschaltet. „Wir nehmen die Sache sehr ernst, können derzeit aber keine weiteren Angaben machen“, sagte ein Polizeisprecher. Nach Angaben von Spiegel Online ermittelt die Polizei wegen des Verdachts der Volksverhetzung gegen Unbekannt. Neu-Ulm und das benachbarte Ulm gelten seit Jahren als Hochburg radikaler Islamisten. Im Jahr 2005 wurde das „Multikulturhaus“ in Neu-Ulm geschlossen und der dazu gehörige Verein vom bayerischen Innenministerium verboten. In dem Zentrum soll es zuvor immer wieder Hass-Predigten gegeben haben. (pro)

Einladung zur Tagung "Christ und Politik"

„Toleranz & Akzeptanz in Europa“



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich melde mich noch einmal im Zusammenhang mit der schon früher zugesandten Einladung für unser nächstes Forum „Christ und Politik“ zum aktuellen Thema „Toleranz & Akzeptanz in Europa“.

Ich freue mich, dass wir noch eine Referenten-Lücke in unserem Programm schließen konnten. Zum Thema **„Auseinandersetzung zwischen Atheismus, Säkularismus und der Gottesfrage in den Medien“** wird **Klaus Kelle** sprechen. Er ist seit über 30 Jahren Journalist und hat für Medienhäuser wie Gruner & Jahr, Holtzbrinck, Schibsted (Norwegen) und Axel Springer gearbeitet. Seit 2007 berät er Verbände, Unternehmen und Politiker in Fragen der Medienstrategie. In Kolumnen und Radiosendungen hat er sich als liberal-konservativer, vor allem aber politisch inkorrekt Publizist einen Namen gemacht. Sein Internetblog www.denken-erwuenscht.com erfreut sich deshalb bei Bürgerlichen und Christen großer Beliebtheit.

Also, falls Sie noch einen Anstoß brauchen zu kommen, sind Sie herzlich eingeladen. Wenn Sie nicht die ganze Zeit da sein können, ist das natürlich bedauerlich; der Preis ermäßigt sich dann entsprechend. Bei einer Teilnahme ohne Übernachtung im Haus erbitten wir einen Tagungsbeitrag von 30 Euro, Verpflegung eingeschlossen.

Danke, wenn Sie auch Ihre Chancen noch nutzen, um andere Interessierte mit einzuladen. Einige freie Plätze haben wir noch.

Ich freue mich sehr auf die Tagung, auf Ihr Kommen und die Möglichkeit zum Austausch und Kennenlernen. Bitte melden Sie sich aber kurz an, Email genügt.

Herzlicher Gruß

Ihr Hartmut Steeb

Indien: Wird das Land zur reinen Hindu-Nation?

Bonn/Neu Delhi ([idea](#)) - In Indien werden Christen und Muslime gezwungen, Hindus zu werden. Das berichtet das Internetportal Qantara.de (Bonn). So seien die überwiegend muslimischen Bewohner in einem Elendsviertel in der nordindischen Großstadt Agra (Bundesstaat Uttar Pradesh) zu einer Versammlung eingeladen worden, um sich für Sozialleistungen registrieren zu lassen. Doch bei dem Treffen wurden Presseberichten zufolge eine Götterstatue aufgestellt und religiöse Gesänge angestimmt. Am Ende des Rituals sei den Teilnehmern mitgeteilt worden, dass sie nun Hindus seien. Der Vorfall vom 8. Dezember letzten Jahres habe eine heftige Kontroverse ausgelöst. Seitdem komme es in anderen Orten zu ähnlichen Zeremonien. Medienberichten zufolge wird dabei Druck ausgeübt. In manchen Fällen seien ihnen Geld, Land oder andere Vorteile versprochen worden. Wie es heißt, gehen die Kampagnen von den hindu-nationalistischen Parteien „Vishwa Hindu Parishad“ (VHP) und „Dharam Jagran Samiti“ (DJS) aus. Der DJS-Vorsitzende von Agra, Rajeshwar Singh, wird mit den Worten zitiert: „Unser Ziel ist es, Indien bis 2021 zu einer Hindu-Nation zu machen. Christen und Muslime haben kein Recht, hier zu bleiben. Entweder werden sie zum Hinduismus konvertiert oder gezwungen, von hier fortzugehen.“

Kritik: Ministerpräsident Modi schweigt zu den Kampagnen

Nach Angaben von Hindu-Nationalisten handelt es sich nicht um eine Konversion, wenn Christen oder Muslime zum Hinduismus übertreten, sondern um eine „Heimkehr“. Denn aus ihrer Sicht sind diese Menschen in Wahrheit Hindus, die nur unter dem Zwang muslimischer Eroberer oder christlicher Missionare ihren ursprünglichen Glauben aufgegeben hätten. Dass dieser Religionswechsel eventuell vor Generationen erfolgt sei, werde ausgeblendet, so Qantara.de. Die Vorfälle erhielten eine besondere politische Brisanz dadurch, dass Indiens Premierminister Narendra Modi (Neu Delhi) selbst einer hindu-nationalistischen Partei angehört, der „Bharatiya Janata Party“ (BJP). Er habe sich bisher nicht zu den Vorfällen geäußert. Kritiker werfen ihm vor, durch sein Schweigen diese Kampagne zu fördern. Von den 1,25 Milliarden Einwohnern Indiens sind 82 Prozent Hindus, zwölf Prozent Muslime und mindestens drei Prozent Christen. Die übrigen sind meist Anhänger von Natur- und Stammesreligionen. Die Internetplattform Qantara.de ist ein Projekt der Deutschen Welle, an dem auch das Goethe-Institut, das Institut für Auslandsbeziehungen und die Bundeszentrale für politische Bildung beteiligt sind. Es wird vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland gefördert.

Irak: Fassade des St. Georgs-Klosters in Mossul von Dschihadisten verwüstet

Mossul (Fides) – Die Dschihadisten des Islamischen Staates (IS), die seit Juni vergangenen Jahres Mossul halten, verwüsteten die Fassade des antiken chaldäischen Klosters des heiligen Georg. Doch wie einheimische Beobachter berichten, steht die Kirche noch, im Gegensatz zu den in den Medien verbreiteten Nachrichten von einer vollkommenen Zerstörung durch einen Sprengsatz. Ein von dem Internetportal ankawa.com veröffentlichtes Foto zeigt die zerstörte Fassade der Kirche.

Doch die zerstörerische Wut der Dschihadisten konzentrierte sich auf die Fassade der Kirche mit ihrer besonderen Architektur. Die Kreuze auf der Kuppel und auf dem Dach des Klosters waren von den Dschihadisten bereits im Dezember demontiert worden, wie dies auch bei anderen Kirchen in den vom Islamischen Staat kontrollierten Gebieten geschah. Die einheimischen Beobachter und die veröffentlichten Fotos bestätigen auch die Verwüstung des neben der Kirche gelegenen Friedhofs.

In jüngster Vergangenheit war das Kloster auch als Gefängnis benutzt worden, wobei dort auch weibliche Gefangene vergewaltigt worden sein sollen. "Wir sind traurig über, das, was im Kloster passiert", so Schwester Luigina, die in Mossul geborene und aufgewachsene Obere der Ordensgemeinschaft der chaldäischen Schwestern, "doch wir glauben an den heiligen Georg, denn er ist sehr mächtig, wie die Einwohner von Mossul, Christen und Muslime, die ihn verehren wohl wissen". (GV) ([Fides](#) 12/3/2015).

Irak: IGFM: Der Westen hat aufgegeben

Der Islamische Staat (IS) hat in einer „amtlichen“ Erklärung den gesetzlichen Rahmen für die Versklavung von Frauen und Mädchen erlassen. Mit Berufung auf Koran und Scharia erläutert das „Amt für Forschungen und Fatwas des Islamischen Staats“ darin die Vorschriften des islamischen Rechtssystems zur „Nutzung“ von Sklaven. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) veröffentlichte das Dokument und die vollständige Übersetzung zum Weltfrauentag auf ihrer Homepage.

Der „Islamische Staat“ hat nach Angaben der IGFM tausende Frauen und junge Mädchen, zum Teil ab sechs Jahren, als Sklavinnen an ihre Anhänger verteilt oder verkauft. Der IS rechtfertigt diese Verbrechen damit, dass das islamische Recht es erlaube, „Ungläubige“ zu versklaven und sexuell zu „nutzen“. Die Opfer sind nach Informationen der IGFM vor allem Jesidinnen, aber auch christliche und selbst schiitische Frauen und Mädchen. Schiiten sind aus der Sicht des sunnitischen IS „Ketzer“ oder vom Islam „Abgefallene“ und gelten in der Konsequenz als völlig rechtlos.

Systematische Entrechtung von Frauen auch in anderen „Islamischen“ Staaten

Der schiitische Iran gehört daher zu den erbittertsten Gegnern des IS. Die Regierung in Teheran unterstützt die schiitische Regierung des irakischen Reststaates und ebenso die schiitische Hisbollah („Partei Gottes“) und andere schiitische Milizen in großem Umfang – sogar durch die Entsendung iranischer Soldaten und Revolutionswächter. Sie alle kämpfen auf der Seite der irakischen Regierung in Bagdad. Die Feindschaft des Iran beruhe aber auf der anti-schiitischen Haltung des IS, erläutert die IGFM. „Die Regierung in Teheran und die von ihr unterstützten Milizen berufen sich aber dennoch auf die gleichen Grundlagen der Scharia. Sie sind ebenso fundamentalistisch und menschenrechtsfeindlich wie der IS. Die Unterschiede zwischen dem IS und der Islamischen Republik Iran sind graduell – nicht mehr“, erläutert IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin.

„Der Westen hat aufgegeben“

Auch „Partner“ des Westens, wie Saudi-Arabien, Pakistan und ähnliche Staaten würden niemals die Rechte von Frauen achten, solange es nicht tiefgreifende Veränderungen in diesen Ländern gebe. „Reformen“ an einzelnen Gesetzen seien reine Augenwischerei, unterstreicht die IGFM. Die Diskriminierung von Frauen und Minderheiten sei nicht einfach ein bedauerliches Relikt, das quasi „aus Versehen“ bis heute überdauert habe, sondern ein fester Bestandteil des klassischen islamischen Rechts. Menschenrechtsverletzungen würden solange anhalten, wie sich islamisch geprägte Staaten auf das Schariarecht als göttliches Recht berufen. „Die Entwicklung geht aber zur Zeit nicht in Richtung Menschenrechte. Die Scharia ist weltweit auf dem Vormarsch und in sehr vielen Staaten fest verankert. Mit ihr geht die systematische Benachteiligung von Frauen einher. Geblieben sind Lippenbekenntnisse und Feigenblatt-Projekte. Der Westen hat aufgegeben.“

„Gleichberechtigung unter islamischem Recht ausgeschlossen“

Die IGFM beklagt neben der Gewöhnung einen „weichgespülten Blick“ auf das islamische Recht. Ein viel größeres Problem als „islamische Strafen“ wie Auspeitschungen und Amputationen sei das islamische Familien- und Prozessrecht. Beide schließen eine Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von Muslimen und Nichtmuslimen kategorisch aus. Die Zeugenaussagen von Frauen oder Nichtmuslimen haben nach der Scharia nur den halben Wert der Aussagen von muslimischen Männern – wenn sie überhaupt zugelassen sind. Männer hingegen haben ein „Recht“ auf sexuellen Gehorsam, ein Züchtigungs-„Recht“ und können ihre Frauen ohne Unterhalt verstoßen, während sich Frauen nur extrem schwer scheiden lassen können. „Dieses haarsträubende Unrecht ist in den ‚Islamischen‘ Republiken, Emiraten und Königreichen kein Ausrutscher. Es sind grundsätzliche Fehler im Betriebssystem“, stellte IGFM-Vorstandssprecher Lessenthin fest.

Irak: Katholiken begeben sich in der Passionszeit auf den Kreuzweg

Bagdad (idea) – Trotz ständiger Bedrohung durch Terroranschläge muslimischer Extremisten setzen Katholiken in Bagdad ein öffentliches Zeichen für den christlichen Glauben. Während der Passionszeit begeben sich Mitglieder der St. Josephs-Kathedrale an jedem Freitag auf einen Kreuzweg. Sie beten an Stationen, die den Weg Jesu von seiner Verhaftung bis zur Kreuzigung nachvollziehen. Unter Polizeischutz tragen Kinder ein Kreuz und einen Behälter mit aktuellen Fürbitten aus aller Welt für die Christen im Irak und anderen Regionen des Nahen Ostens, die von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) heimgesucht werden. Anschließend feiert der Priester der Josephs-Gemeinde, der Argentinier Luis Montes, die Messe mit den Katholiken.

Muslimische Extremisten hassen das Kreuz

Wie er dem katholischen Nachrichtenportal „CruX“ (Boston/US-Bundesstaat Massachusetts) sagte, hält er den Kreuzweg für ein wichtiges Zeichen des christlichen Bekenntnisses angesichts der islamistischen Bedrohung: „Das Kreuz unseres Herrn Jesus Christus hassen die muslimischen Extremisten am meisten.“ Das Risiko eines Anschlags sei nicht höher als unter normalen Umständen, wenn die Christen in ihren Kirchen oder in ihren Häusern bleiben. Montes lebt seit fünf Jahren im Irak. Die Situation der christlichen Minderheit ist nach seinen Worten immer schwieriger geworden. Im Durchschnitt erlebe das Land etwa 20 Terroranschläge pro Tag, viele davon in Bagdad. Hauptursache seien Machtkämpfe zwischen Schiiten und Sunniten. Sie richteten untereinander ein Blutbad an; aber auch Christen, die ohne nennenswerten Schutz seien, würden zur Zielscheibe von Extremisten.

Anglikanischer Pfarrer musste Bagdad verlassen

Der als „Pfarrer von Bagdad“ bekannte anglikanische Theologe Andrew White (Jerusalem) musste Ende letzten Jahres aus Sicherheitsgründen den Irak verlassen. Er leitete von 2005 bis 2014 die St. Georgs-Gemeinde in der Hauptstadt. Der 51-jährige pfingstkirchlich geprägte Engländer hat Todesdrohungen von IS erhalten, überlebte zahlreiche Angriffe und wurde gefoltert. Auf Anraten des geistlichen Oberhauptes der Anglikaner, Erzbischof Justin Welby (London), verließ er Ende vorigen Jahres den Irak. Der Kanonikus (Domherr) baut jetzt in Jerusalem ein Zentrum für Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern auf. Er ist verheiratet und hat zwei Söhne. Seit seinem 33. Lebensjahr leidet er unter Multipler Sklerose. ([idea](#); 05.03.2015)

Nigeria: Amerikanische Pastorin frei

Die im Februar in Nigeria entführte Pastorin Phyllis Sortor ist frei. Wie die Familie der 71-Jährigen mitteilte, erfolgte die Freilassung am frühen Freitagabend.

Phyllis Sortor war am 23. Februar im Ort Ajaokuta, der rund 200 Kilometer von der nigerianischen Hauptstadt Abuja entfernt liegt, von Bewaffneten verschleppt worden. Die maskierten Männer feuerten zunächst Warnschüsse ab, um Schüler und Angestellte von der Schule zu vertreiben. Anschließend ergriffen sie die amerikanische Missionarin, die dort auch als Lehrerin tätig war. Später forderten die Entführer ein Lösegeld in Höhe von 60 Millionen Naira (rund 266.000 Euro). Sortors Familie teilte mit, sie sei eine einfache Arbeiterfamilie und könne das Lösegeld nicht aufbringen.

Wie das amerikanische Magazin Christian Post berichtet, verkündete Sortors Freie Methodistengemeinde, Sortor sei am Freitagabend frei gekommen. David W. Kendall vom Gemeindevorstand sagte: „Sie war offenbar von einer kriminellen Gruppe entführt worden. Es gibt keine Hinweise darauf, dass die Entführung in einem Zusammenhang mit Terrorismus oder Religion stand.“ Kendall dankte für die vielen Gebete für Sortor. Der Bischof teilte mit, die Missionarin sei sich der Gefahren in Nigeria stets bewusst gewesen. „Erst neulich sagte sie: ‚Der Himmel ist Realität! Es gibt keine Garantie im Leben. Kein Ort ist wirklich sicher, außer der Ort, an den wir kommen, wenn wir ganz auf Gott vertrauen‘.“

Phyllis Sortor verbrachte ihre Kindheit in Mosambik, lebte im Erwachsenenalter aber viele Jahre in Seattle im US-Bundesstaat Washington. Sortor und ihr Mann Jim zogen 2005 zurück nach Afrika. Nach dem Tod ihres Mannes 2008 blieb Phyllis in Nigeria, wo sie für das Kinderhilfsprogramm der Freien Methodistengemeinde arbeitete. ([pro](#))

Russland: Strafen wegen Verkündigung des Evangeliums

Versammlungen, Singen und Evangeliumsverkündigung an öffentlichen Orten sanktioniert

ndMitgliedern von Gemeinschaften, die ihre Religions- bzw. Glaubensfreiheit ohne spezielle Erlaubnis durch den Russischen Staat in der Öffentlichkeit ausüben, drohen Strafen in fünfstelligen Rubelbeträgen, wenn sie die örtlichen Behörden nicht im Voraus informieren. Die Strafen bewegen sich zwischen 20.000 und 30.000 Rubel (290 - 430 €) für Personen; für Gruppen kann die Strafe bis zu 40.000 Rubel (575 €) betragen. Ein protestantischer Leiter aus Sotchi wurde mit einer solchen Geldstrafe belegt, weil er ein Gebetstreffen und Bibelstudium in einem gemieteten Kaffeehaus abgehalten hatte. Die Sicherheitsbehörde FSB stand hinter der Strafanzeige. Sie hatte Beamte zur Teilnahme an dem Treffen entsandt. Ein Baptist aus Smolensk wurde wegen des Verteilens christlicher Literatur in einem öffentlichen Park bestraft. Das Berufungsverfahren gegen die Geldstrafe läuft. Ähnlich erging es einem Baptisten aus Orel, der mit einer Gruppe christliche Lieder auf einem Spielplatz gesungen hatte.

Die gesetzliche Grundlage: Die öffentliche Ausübung der Religionsfreiheit wird durch das Religionsgesetz von 1997 und das Demonstrationsgesetz von 2004 geregelt. Im Demonstrationsgesetz werden Orte angeführt, an denen religiöse Veranstaltungen grundsätzlich nicht gestattet sind, so z.B. vor der Residenz des Präsidenten. In Artikel 16 des Religionsgesetzes sind die Orte aufgezählt, wo „Gottesdienste, Riten und andere Zeremonien“ uneingeschränkt und ohne Meldepflicht an die Behörden erlaubt sind. Für Versammlungen an anderen Orten besteht in gewissen Fällen eine Anmeldepflicht, jedoch keine Genehmigungspflicht. Dennoch berufen sich Behörden immer wieder darauf, dass keine Genehmigung vorläge und verhängen Geldstrafen nach Artikel 20 des Verwaltungsgesetzbuchs, der die Genehmigungspflicht von Versammlungen, Demonstrationen, Streikposten etc. regelt.

Eine günstige Auswirkung auf die Berufung des protestantischen Leiters aus Sotchi könnte die kürzlich erfolgte Gesetzesänderung haben, durch die die Meldepflicht für religiöse Versammlungen in von Religionsgemeinschaften gemieteten Räumen wegfällt.

Negativ auswirken könnte sich der neue Artikel 212.1 des Strafgesetzbuchs, der wiederholte Verstöße gegen die Bestimmungen von Artikel 20 des Verwaltungsgesetzbuchs, betreffend Versammlungen, Demonstrationen, Streikposten, etc. zum strafrechtlichen Delikt macht.

Ob diese Bestimmungen auch auf religiöse Versammlungen angewandt werden, bleibt abzuwarten. Aleksandr Verkhovsky vom SOVA Zentrum für Information und Analyse meint, dass die Behörden diese Bestimmungen vermutlich nicht gegen Religionsgemeinschaften, sondern vor allem gegen protestierende politische Aktivisten anwenden werden. Die mangelnde Eindeutigkeit der Bestimmungen bezüglich ihres Geltungsbereichs lässt jedoch weite Interpretationsspielräume für die Behörden.

Quelle: Forum 18, Oslo

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Syrien: Syrisches Parlament gedenkt des armenischen Völkermords

Damaskus (Fides) – Am gestrigen 4. März gedachte die syrische Volksversammlung des 100. Jahrestages des armenischen Völkermordes. Die insbesondere von der christlichen syrischen Abgeordneten Maria Saadeh auf den Weg gebrachte Initiative wurde auch von den Mitgliedern des Parlamentarischen Ausschusses für Außenpolitik unterstützt. Vor der Parlamentssitzung empfing der Parlamentspräsident Mohammed Jihad al-Laham den armenischen Botschafter in Syrien Arshak Poladyan in Begleitung des armenischen Patriarchen Armash Nalbandian und Mitgliedern der armenisch-katholischen Glaubensgemeinschaft sowie Delegierte des Veranstaltungsausschusses für die Gedenkfeiern des Völkermords in Syrien.

Bei der Begegnung wurden verschiedene Initiativen der interparlamentarischen Kooperation zwischen Armenien und Syrien beschlossen. Der armenische Botschafter erinnerte in seiner Ansprache an die Abgeordneten daran, dass viele Armenier vor hundert Jahren in Syrien Zuflucht vor den Massakern suchten.. (GV) ([Fides](#) 5/3/2015).

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF-Nachrichten unterstützen möchten, können Sie gerne eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz
Konto Nr. 416800 EKK, BLZ 520 604 10
Verwendungszweck "AKREF"

Links

www.csi-de.de
www.ead.de/arbeitskreise/islam/arbeitskreis-islam.html
www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/arbeitskreis-religionsfreiheit.html
www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/gebetsanliegen/aktuelle-woche.html
www.h-m-k.org
www.hilfsbund.de
www.hoffnungszeichen.de
www.idea.de/nachrichten.html
www.islaminstitut.de
www.kirche-in-not.de
www.opendoors.de
www.pro-medienmagazin.de
www.stanet.ch/APD
www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de
www.igfm.de
www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]
www.barnabasfund.org
www.csi-int.ch
www.forum18.org (Forum 18 News Service)
www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]
www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]
www.persecutedchurch.org
www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]